

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Ballhausplatz 2, 1014 Wien  
Tel. (0222) 66 15, Kl. 3494 DW  
Sachbearbeiter: Ges. Dr. Nowotny  
DVR: 0000060

GZ. 22.17.01/4-II.6/89

Das Gespenst der deutschen  
Wiedervereinigung

Ergeht an:

Herrn Sektionsleiter  
Kabinett des Herrn Bundesministers  
Alle Abteilungen der Sektion II  
Liste KSZE

I n f o r m a t i o n

Ein Gespenst geht um in Europa. Es ist das Gespenst der deutschen Wiedervereinigung und es erschreckt die Westeuropäer. Diese Furcht steht - selten eingestanden - hinter vielen "europapolitischen" Initiativen und hinter vielen Diskussionen um die Zukunft der europäischen Sicherheit.

Weniger schreckensgebannt sind offenbar die beiden Supermächte. Sowohl aus den USA als auch in der UdSSR hört man gelegentlich, daß eine deutsche "Wiedervereinigung" nicht nur möglich, sondern möglicherweise sogar wünschenswert sein könnte. Die Erwartung, die man daran in den USA und in der UdSSR knüpft, sind allerdings gegensätzlich: Die USA erwartet, dass ein wiedervereinigtes Deutschland gegen Osten drängen, und die UdSSR schwächen würde. Die UdSSR erwartet sich von einem wiedervereinigten Deutschland dessen Ausscheren aus der NATO und damit eine fatale Schwächung der NATO.

Diese Diskussion über die deutsche Wiedervereinigung kommt in gewisser Hinsicht überraschend. Immerhin schien die BRD durch ihre Ostverträge, durch die Anerkennung der DDR, sowie durch ihre Einbindung in den KSZE-Prozess den Status quo in Europa und damit auch die Existenz zweier deutscher Staaten endgültig und unwiderruflich und ohne Hintergedanken akzeptiert zu haben. Es ist daher die Frage, wie ernst gegenüber diesen harten Tatsachen das nun neu aufblühende Gerede von einer Wiedervereinigung ist. Steckt wirklich nicht mehr dahinter als eine lediglich vordergründige und rein verbale Reaktion auf das Vordringen der rechtskonservativen nationalistischen "Republikaner" in der BRD? Oder ist die Sache doch ernster zu nehmen?

- 2 -

Die Frage wurde bei der Botschafterkonferenz Anfang September andiskutiert. Sowohl der Botschafter in Berlin als auch der in Bonn waren übereinstimmend davon überzeugt, dass das Gerede nicht ernst zu nehmen sei. Niemand in politischer Verantwortung, meint der österreichische Botschafter in Bonn, würde wirklich eine "Wiedervereinigung" mit der DDR anstreben. Das Nebeneinander der beiden Staaten würde von praktisch allen akzeptiert. Das maximale und von fast allen politischen Parteien getragene Ziel einer "Deutschlandpolitik" wäre lediglich, die zwischen diesen beiden Staaten bestehenden Kontakte auf allen Ebenen zu verdichten.

Der österreichische Botschafter in Berlin meinte, dass es auch in der DDR keinen grossen Druck zu radikalen Veränderungen gäbe. Mit plötzlichen Aufwallungen und Kursänderungen sei nicht zu rechnen. Weil er im grossen und ganzen funktioniert, würde der Staat von der Bevölkerung auch akzeptiert.

Die Stellungnahmen der beiden Botschafter beschreiben - wahrscheinlich akkurat - einen jetzt gegebenen Zustand. Sie gehen davon aus, dass dieser Zustand im wesentlichen unverändert, fortbestehen wird. Das kann, das muss aber nicht so sein. Einiges spricht dafür, dass sich in den beiden deutschen Staaten die Haltung zur "Wiedervereinigung" ändert. In beiden deutschen Staaten gibt es Anzeichen für eine grundsätzliche Änderung des politischen Klimas. In der BRD z.B. hat der Historiker-Streit (in dem Deutschlands Kriegsschuld relativiert wurde) den emotional-politischen Bezugsrahmen verändert, in dem in der Nachkriegszeit die internationalen Beziehungen verankert waren. Vor drei - vier Jahren wäre es auch undenkbar gewesen, dass von einem hochrangigen Politiker und viele Jahre nach deren Anerkennung durch den Warschauer Vertrag - die polnisch-deutsche Grenze wieder in Frage gestellt wird. Das hätte damals, vor drei - vier Jahren, einer politischen Karriere noch das Ende bereitet. Nicht so heute. Es hat sich vielmehr in der gesamten Einstellung zum europäischen Osten eine neue Haltung aufgebaut - offensichtlich und allmählich und erneut der Glaube an eine besondere "deutsche Ostmission". Diese Mission geht weit über die "Ostpolitik" Willy Brandts hinaus. Diese hatte im wesentlichen ja nur das Akzeptieren des Status quo zum Ziel. Die Ziele der heutigen deutschen

- 3 -

Ostpolitik sind ehrgeizigere. In ihrem neuen Nationalismus, dem aggressiven Eintreten für die Wiedervereinigung, in ihrer Skepsis gegenüber dem Westen und der europäischen Integration sind die rechts-konservativen "Republikaner" also das Symptom einer politischen Stimmungsänderung, von der weit mehr als nur ihre Wähler erfasst sind.

Die DDR scheint in vielem der solidste kommunistische Staat - vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Dennoch steht dieser Staat politisch auf tönernen Füßen. Die Bindekraft der kommunistischen Ideologie ist - wenn sie je gross war - jedenfalls verschwunden. Das geschah auch in anderen kommunistischen Staaten. Diese anderen Staaten können ihren sozialen Zusammenhalt und ihre Identität aber auf etwas anderes stützen als auf die kommunistische Ideologie - auf Religion oder - zumeist - auf Nationalismus. Einen DDR-Nationalismus gibt es wahrscheinlich nicht. Bestenfalls das Gefühl einer gewissen Heimatverbundenheit. Man hat sich in der DDR wahrscheinlich auch an gewisse komfortable Einrichtungen des "real-existierenden Sozialismus" gewöhnt - wie sichere Arbeitsplätze, billige Grundnahrungsmittel und Wohnungen etc. Aber das alleine sichert noch nicht die Identität; und gerade dieser Komfort wird im Zuge der auch in der DDR früher oder später notwendigen Wirtschaftsreform allmählich schwinden. Ebenso wird es immer schwieriger, den Staat mit diktatorischen Massnahmen zusammenzuhalten. Wohin, wenn nicht hauptsächlich an die BRD, würde sich aber die DDR wenden, wenn ihre wirtschaftliche und politische Öffnung unaufschiebbar geworden ist ?

Die Wiedervereinigung steht also in Zukunft sehr wohl auf der politischen Tagesordnung der beiden deutschen Staaten. Formell können die übrigen - und vor allem die westeuropäischen - Staaten dagegen nichts einwenden. Das Prinzip der Selbstbestimmung ist ja international anerkannt. Offen wird dieses Prinzip auch von keinem westeuropäischen Staat in Frage gestellt und so auch nicht im Hinblick auf seine Anwendung für die beiden deutschen Staaten. Tatsächlich wünscht natürlich niemand eine wirkliche Anwendung dieses Prinzips durch eine "Wiedervereinigung". Diese Furcht wird aber nicht laut artikuliert. Zu sehr ist man sich bewusst, dass man durch ein

offenes Auftreten gegen die Wiedervereinigung nur die extremen und nationalistischen Kräfte der Bundesrepublik stärken würde. Es gibt in dieser Frage also keinen offenen politischen Dialog mit der BRD, - nur uneingestandene stumme Furcht.

Ob überhaupt und in welcher Form und wann es zu einem Zusammenschluss der deutschen Staaten kommt, das ist gewiss unsicher. Jedenfalls kann man nicht ausschliessen, dass der Drang nach "Wiedervereinigung" in beiden deutschen Staaten, vor allem aber in der BRD, aufhört ein bloss abstraktes und fernes Ziel zu sein und zu einem konkreten Anliegen wird. Man sollte die Möglichkeit einer Wiedervereinigung also ernst nehmen und ernsthaft untersuchen, was denn deren Folgen wären. Würde eine solche Wiedervereinigung tatsächlich die gesamte Nachkriegsordnung sprengen ?

Eine Wiedervereinigung wäre für diese Ordnung sicher ein gewaltiger Schock. Es wird im folgenden argumentiert, dass an ihm die europäische Nachkriegsordnung nicht zerbrechen müsste. Auch ein wiedervereinigtes Deutschland wäre nicht so stark, dass es den europäischen Kontinent wirtschaftlich und militärisch dominieren würde. Es wäre lediglich ein sehr grosser Staat unter den anderen grossen europäischen Staaten.

	Einwohner 1985	Einwohner 2025	Fläche in km <sup>2</sup>
BRD	61,0	57,2	249.000
DDR	16,6	17,3	108.000
zusammen	77,6	74,5	357.000
Frankreich	55,2	63,7	547.000
Italien	57,1	58,5	301.000
CSSR	17,5	18,5	127.000
Polen	37,2	48,0	312.000
zusammen	54,7	66,5	439.000

- 5 -

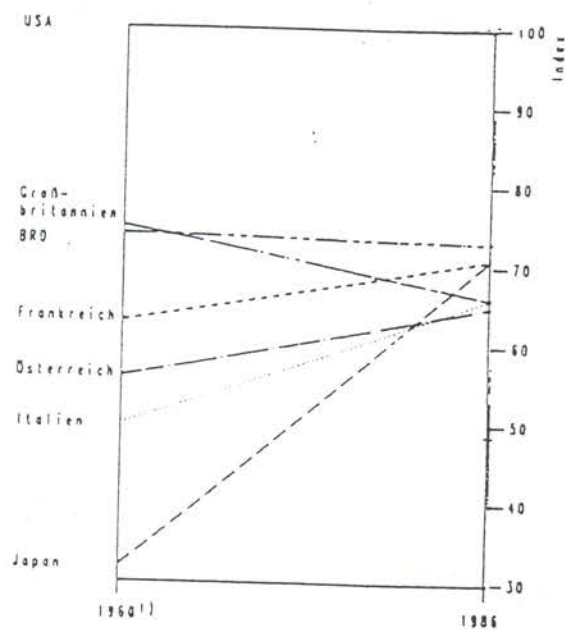
Die Fläche eines wiedervereinigten Deutschlands wäre 357.000 km<sup>2</sup> und damit weit geringer als die zusammengenommene Fläche in Polen und der CSSR (439.000 km<sup>2</sup>).

In der DDR wächst die Bevölkerung langsam, in der BRD geht sie stark zurück. Im Jahre 2025 hätte ein "wiedervereinigtes Deutschland" eine Bevölkerung von 74,5 Millionen, Frankreich demgegenüber eine Bevölkerung von 63,7 Millionen, die CSSR und Polen zusammengenommen eine Bevölkerung von 66,5 Millionen.

In der BRD ist nicht nur das Bevölkerungswachstum gering (oder sogar negativ), auch wirtschaftlich ist die BRD weit weniger dynamisch als sie selbst und andere europäische Staaten das gemeinhin annehmen. Der verlässlichste Maßstab für die Entwicklung von Wirtschaftsmacht ist die Entwicklung der Produktivität. Die der BRD hat sich seit 1960 nur langsam und weit weniger gesteigert als die Frankreichs oder Italiens.

BRUTTO-INLANDSPRODUKT PRO KOPF ZU KAUFKRAFTPARITÄTEN  
1960, 1986 UND 1987

USA = 100



1) zu Kaufkraftparitäten 1980

Quelle: OECD, A. Kausel, 150 Jahre Wirtschaftswachstum in Österreich und der westlichen Welt im Spiegel der Statistik

- 6 -

Es ist anzunehmen, dass sich diese Entwicklungen fortsetzen werden, sodass Frankreich in spätestens 10 Jahren die BRD an absoluter Wirtschaftsmacht eingeholt haben wird.

Man muss davon ausgehen, dass selbst bei einer Wiedervereinigung die jetzige DDR nicht sofort auf das wirtschaftliche Niveau der BRD gebracht werden könnte. Man könnte daher vermuten, dass auch noch im Jahre 2025 die Produktivität auf dem Gebiet, das heute die DDR ist, etwas - vielleicht um 15% - unter der Produktivität der jetzigen BRD liegen würde. Das gesamte Wirtschaftspotential der vereinigten beiden Gebiete würde daher im Jahre 2025 ungefähr der Wirtschaftsmacht entsprechen, über die dann Frankreich verfügen wird.

Die Wirtschaftsmacht eines "wiedervereinigten Deutschlands" muss aber nicht nur der Frankreichs, sondern auch der übrigen westeuropäischen Staaten gegenübergestellt werden. Vor allem die südlichen EG-Staaten (wie Italien und Spanien) werden sich - so wie bisher auch in Zukunft - wirtschaftlich rasch entwickeln; sodass sich auch das wirtschaftliche und politische Gewicht dieser EG-Staaten im Vergleich zur BRD oder zu einem "wiedervereinigten Deutschland" erhöhen wird.

Auch ein wiedervereinigtes Deutschland wäre also von seiner Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft her nicht wesentlich mehr als die BRD heute ist: nämlich eine unter den mächtigen Nationen Europas.

Die Folgen einer "Wiedervereinigung" können allerdings nicht nur vom rein wirtschaftlichen, sie müssen auch vom militärisch sicherheitspolitischen Standpunkt aus beleuchtet werden. Was wären auf diesem Gebiet die Folgen einer "Wiedervereinigung" ?

#### Militär- und sicherheitspolitische Aspekte einer "Wiedervereinigung"

Die "Wiedervereinigung" wird manchmal in Zusammenhang gebracht mit einer "Neutralisierung" des dann vereinigten Deutschlands. Die Neutralisierung wäre Voraussetzung oder Folge eines Zusammenschlusses der beiden Deutschen Staaten.

Dazu ist erstens das zu sagen, was seinerzeit auch Chruschtschow dem damaligen Aussenminister Kreisky gesagt hat: Die Neutralität ist ein Status, der einem kleineren Staat angemessen ist, der sich geografisch-sicherheitspolitisch zwischen zwei Mächten befindet. Er kann aber nicht auf einen Staat Anwendung finden, der auf Grund seines grossen eigenen Gewichtes, ob er das nun will oder nicht, zu einem massgeblichen Faktor für die internationalen Beziehungen wird. Die Ostpolitik eines wiedervereinigten Deutschlands wäre selbst dann, wenn dieser Staat formal "neutral" wäre, in ihrer praktischen Wirkung nicht neutral. Was immer ein grosser Staat unternehmen würde, das hätte weitreichende Folgen sowohl im Westen wie auch im Osten des Kontinents. Ob zum Beispiel ein kleiner neutraler Staat sich an Sanktionen beteiligt, das erhöht oder vermindert die Wirksamkeit solcher Sanktionen nur unerheblich. Ob ein Staat mit mehr als 70 Millionen Einwohnern mitmacht, das entscheidet aber sehr wohl darüber, ob solche Sanktionen wirksam sind.

Zweitens würde eine "Neutralisierung" der jetzigen BRD (so wie sie z.B. im beiliegenden Artikel der neokonservative amerikanische Intellektuelle Irving Kristol vorschlägt) das westliche Verteidigungsbündnis so sehr schwächen, dass es substanzlos wird. Die Geografie bevorzugt nun einmal "geopolitisch" die grosse Landmasse im Osten des Kontinents. Demgegenüber hat das der NATO verbündete Westeuropa nur eine geringe strategische Tiefe. Würde diese Tiefe durch die "Neutralisierung" der BRD weiter verringert, so könnte auf diesem so geschrumpften Territorium in keiner Weise mehr ein militärisches Gegengewicht zur Sowjetunion aufrechterhalten werden. Ein "Gleichgewicht" (oder besser: konfliktverhinderndes Kräfteverhältnis) wäre nicht länger gegeben.

Drittens würde eine Neutralisierung Westdeutschlands natürlich den Abzug der US-Soldaten aus Europa (die ja zum überwiegenden Teil in der BRD stationiert sind) mit sich bringen. Die Europäer zweifeln - wohl zurecht - an der letztlichen Wirksamkeit der für sie von den USA abgegebenen "Nukleargarantie". Umso wichtiger ist die Garantie - bzw. "Geisel"funktion der amerikanischen Truppen. Diese

- 8 -

Truppen sorgen - wirksamer als Atomraketen - für die "Ankoppelung" des europäischen Kriegsschauplatzes an die USA. Diese Koppelung würde mit dem Abzug der US-Truppen wegfallen.

Viertens entsteht möglicherweise das Problem einer nuklearen Rüstung in einem wiedervereinigten Deutschland. Atomwaffen sind heute recht "billig" in der Herstellung. Das technische Know how dafür ist in der BRD sicher vorhanden. Dementsprechend gross ist der Anreiz, sich seine Sicherheit auf so "billig" Weise, durch atomare Abschreckung zu wahren. Gegen die Anschaffung nationaler Atomwaffen spräche gewiss die Verunsicherung, die der Besitz solcher Waffen bei den europäischen Staaten in Ost und West auslösen müsste. Für den Besitz von Atomwaffen spricht freilich, dass ein wiedervereinigtes und neutrales Deutschland von potentiellen Gegnern umkreist wäre, die eben am besten und "billigsten" mit nuklearer Abschreckung in Schach gehalten werden könnten.

Fünftens ist aber zu fragen, ob ein Ausscheren der BRD aus dem westlichen Verteidigungsbündnis heute überhaupt noch physisch möglich wäre. Die BRD ist bereits heute dem übrigen Westeuropa wirtschaftlich und gesellschaftlich sehr eng integriert. Diese westeuropäische Integration bzw. Zusammenarbeit wird sich zunehmend auch auf sicherheitspolitische Fragen erstrecken und erstrecken müssen. Der Zustand, dass die europäische Sicherheit zum Grossteil durch die USA geschützt ist, lässt sich nämlich historisch nicht auf unbegrenzte Zeit aufrecht erhalten. Westeuropa wird - eher früher als später - vermehrt für seine eigene Sicherheit zu sorgen haben.

Sicherheitspolitik ist aber etwas sehr umfassendes. Sie hat vor allem auch einen wirtschaftlichen Aspekt bzw. eine wirtschaftliche Grundlage. Wollte und müsste ein "neutralisiertes" wiedervereinigtes Deutschland eine unabhängige Sicherheitspolitik betreiben, dann müsste sich die BRD, zumindestens auf einigen wichtigen Gebieten (wie z.B. in der Technologie) aus den schon heute bestehenden Abhängigkeiten und Verbindungen mit westeuropäischen Staaten lösen. Dazu ist aber die Integration Westeuropas bereits zu weit fort-



- 9 -

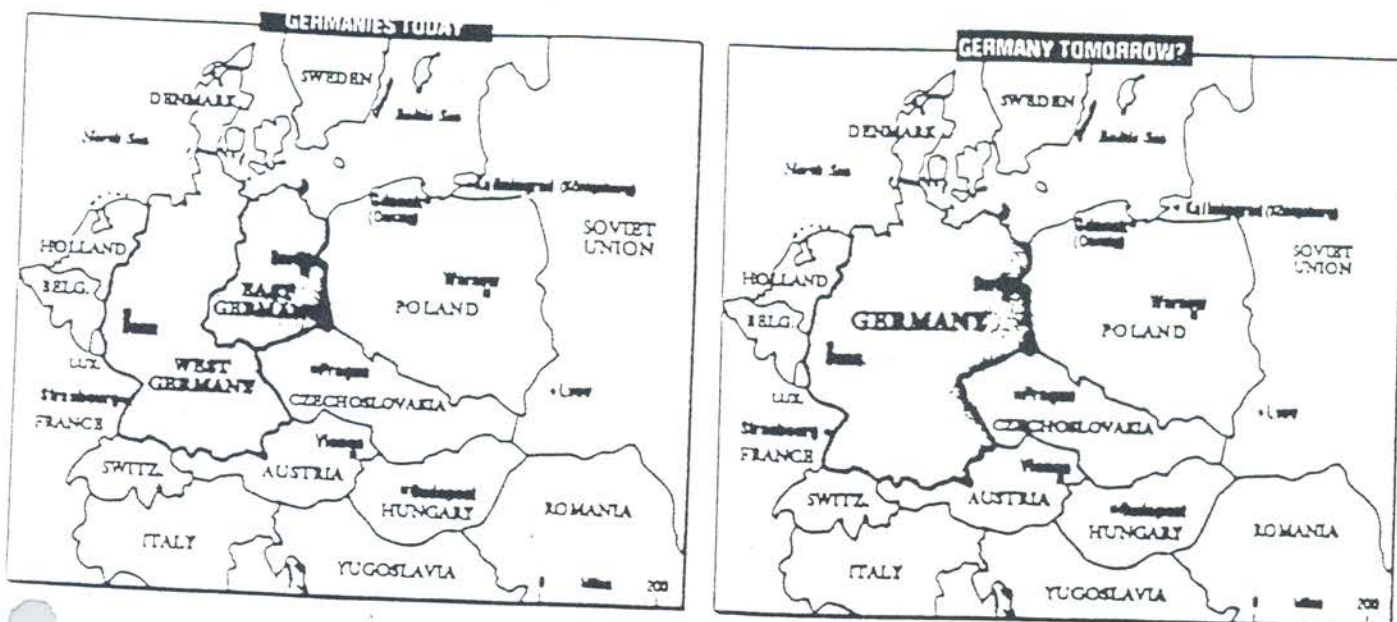
geschritten. Diese Option eines Ausscherens aus der west-europäischen Zusammenarbeit steht der BRD also nicht mehr offen. Die BRD hat zum Beispiel nicht länger die Option, sich eine von der westeuropäischen getrennte, eigene Luftfahrts- oder Raumfahrts-industrie aufzubauen.

Es ist im übrigen ja auch das - eingestandene oder uneingestandene - Ziel der übrigen westeuropäischen Staaten, die Integration der BRD nach Westeuropa zu stärken und irreversibel zu machen. Hinter der integrationsfreundlichen Politik Frankreichs steht nicht nur das Bestreben Frankreichs im Wege über ein vereinigtes Westeuropa sich jenen Einfluss zu sichern, den es heute alleine in der Welt nicht länger ausüben kann. Frankreich verfolgt mit dieser Politik daneben eben auch das Ziel, die "Westbindung" der BRD so zu stärken, dass sie de facto unauflösbar wird.

Es ist also sowohl unwahrscheinlich wie unerwünscht, dass die BRD aus der NATO ausscheidet und neutral wird, um sich mit der DDR "vereinigen" zu können. Das wäre übrigens auch nicht im langfristigen Interesse des Warschauer Paktes bzw. der UdSSR. Ein vereinigtes Westeuropa (auch unter Einschluss der BRD) hätte sicher eine weitaus weniger ambitionöse "Ostpolitik" als ein wiedervereinigtes und neutrales Gesamtdeutschland.

Was wären nun die Folgen der wahrscheinlicheren Lösung, bei der das wiedervereinigte Deutschland eben nicht "neutral" wird, sondern bei der die BRD im westlichen Verteidigungsbündnis bleibt? Es würde sich dadurch sicher eine militärische Verschiebung zu Lasten des Ostens ergeben. Aber diese Verschiebung ist weniger weitgehend als man zunächst vermuten wird.

Der Vorteil, den der Warschauer Pakt zur Zeit daraus zieht, dass ihm die DDR angehört, ergibt sich vor allem im Lichte der jetzt - noch - herrschenden sowjetischen Militärdoktrin. Diese fordert, dass im Falle eines Ost-West-Krieges die Warschauer Pakt-Truppen möglichst rasch am Atlantik vorrücken, um dort das Eintreffen von Nachschub aus den USA zu verhindern. Der "Sporen", der im Süden der DDR in die BRD vorragt ("Fulda-Gap"), würde einer solchen Offensive als Sprungbrett dienen.



Es ist aber die Absicht und es ist auch wahrscheinlich, dass die Militärdoktrinen geändert werden. Die herrschenden Doktrinen in West ("deep strike", FOFA) und in Ost ("Vorwärtsverteidigung") gehen davon aus, dass "Angriff die beste Verteidigung" ist. Diese offensive militärische Taktik steht aber im Gegensatz zur grundsätzlich defensiven strategischen Zielsetzung der beiden Bündnisse. Sie wollen lediglich den Status quo erhalten und streben keine Gebietsgewinne an.

Stellen die Militärbündnisse und stellt insbesondere der Warschauer Pakt auf eine rein "defensive" Verteidigung um, also keine Attacken gegen Westeuropa, stellt er sich nicht das Ziel, möglichst rasch die Atlantikküste zu erreichen, das sich auch der militärische Wert des aus Ostdeutschland in die Bragenden Sporen. Der militärische Nachteil, der dem Warschauer Pakt durch das Ausscheiden der DDR entstünde, wäre dadurch ein geringerer. Der Verlust an militärisch nützbaren Terrain ist strategisch wohl kaum entscheidend. Die DDR ist ein in ihrer Ost-West-Ausdehnung von 200-300 km relativ schmaler Staat. Demgegenüber hätte die neue Ost-West-Grenze, also die Ost-Grenze eines wiedervereinigten Deutschlands, den Vorteil geradliniger als die bisherige militärische Ost-West-Grenze zu sein; und dementsprechend leichter wäre sie zu verteidigen.

- 11 -

Stärker negativ betroffen von einer solchen Verschiebung der militärischen Trennlinie nach Osten wäre allerdings die Tschechoslowakei. Deren Nord-West-Grenze wird gegenüber der NATO zur Zeit durch die DDR abgedeckt. Bei einem Ausscheiden der DDR aus dem Warschauer Pakt wäre diese Grenze dann direkt der NATO ausgesetzt. Eine Lösung dieses Problems könnte dadurch erfolgen, dass das Gebiet der heutigen DDR auch nach einer Wiedervereinigung mit der BRD, und obwohl das wiedervereinigte Deutschland der NATO angehören würde, "demilitarisiert" wird, wobei diese Demilitarisierung durch internationale Garantien abgesichert werden könnte.

Zusammenfassend:

Trotz der Lippenbekenntnisse zum "Selbstbestimmungsrecht" wünscht heute kein europäischer Staat eine deutsche "Wiedervereinigung". Es kann aber die Furcht vor einer solchen Wiedervereinigung zu einem sehr destabilisierenden Element der europäischen Politik werden; ohne dennoch eine Wiedervereinigung verhindern zu können. Ob es zu dieser Wiedervereinigung tatsächlich kommt, ist natürlich unsicher. Ausgeschlossen werden kann sie jedenfalls nicht. In beiden deutschen Staaten gibt es Entwicklungen, die eine solche Wiedervereinigung heute jedenfalls wahrscheinlicher machen, als sie es noch vor zwei-drei Jahren gewesen ist. Ein wiedervereinigtes Deutschland könnte und sollte nicht neutral bzw. neutralisiert sein. Würde aber zumindestens der westliche Teil des wiedervereinigten Deutschlands weiter in der NATO, und das gesamte Deutschland der EG integriert bleiben, dann würde sich daraus aber nicht jene Bedrohung durch einen neu entstandenen militärisch und wirtschaftlich dominierenden Superstaat ergeben, die allgemein befürchtet wird.

Wien, am 19. September 1989

N O W O T N Y     m.p.